

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Bezugspreis: monatlich 450 h einschließlich
Einschlag. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinzeile oder deren Raum 125 h,
Reklamazeile 350 h.

Rotations-Druck und Verlaag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Tordick, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 27

Samstag, den 4. März 1922.

Postfach 100
Frankfurt (Main) Nr. 10114

16. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 114.
Durch die Note vom 16. 2. 1922 Nr. 5442 hat die interalliierte Rheinlandkommission die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Krautraden“ vom 1. Februar ab auf die Dauer von 6 Monaten für die besetzten rheinischen Gebiete verboten.
Die Herren Bürgermeister ersuche ich um sofortige Bekanntgabe an die Interessenten.
Wiesbaden, den 1. März 1922.
Der Landrat.

Nr. 115.
Auf den in Nr. 6 des Regierungsamtsblatts vom 1922 S. 37 veröffentlichten Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 8. 11. 1921 betr. Beförderung von Kreisgerichten, wolle ich besonders hin.
Ich ersuche, für dessen weitest mögliche Verbreitung Sorge zu tragen.
Wiesbaden, den 28. Februar 1922.
Der Landrat.

Nr. 117.
Die interalliierte Rheinlandkommission hat mitgeteilt, daß das im Verlage von Kurt Winkler in Stuttgart herausgegebene Buch mit dem Titel: „Der blaue Scheiden“, von Wilhelm von der Saar, in besetzten Gebiet verboten ist.
Die Herren Bürgermeister ersuche ich um sofortige Bekanntgabe an die Interessenten.
Wiesbaden, den 1. März 1922.
Der Landrat.

Nr. 118.
Befanntmachung.
Besuche und Eingaben von Kriegsgescheitigten und Kriegshinterbliebenen, welche den Ortspolizeibehörden zur Begutachtung bzw. Auskunftsstellung zugeleitet werden, sind nicht als Polizeigesuche, sondern wie bisher als Wohlfahrtsangelegenheiten zu behandeln und erforderlichenfalls in das unterzeichnete Fürsorgeamt weiter zu geben.
Wiesbaden, den 2. März 1922.
Fürsorgeamt für Kriegsgescheitigte und Kriegs-hinterbliebene Landkreis Wiesbaden.
Der Leiter: Dr. Sade.

Terminkalender

Nr. 119.
Die Herren Bürgermeister des Kreises, welche keine Verfügung vom 28. 12. 1921 L. betr. die Schenkungsfähigkeit noch nicht erledigt haben, werden an die Berichterstatter mit Frist bis zum 3. d. M. erinnert.
Wiesbaden, den 25. Februar 1922.
Der Landrat.

Nr. 120.
Die Magistrats- und Gemeindevorstände des Kreises ersuche ich, mir die mit der vorgeschriebenen Bescheinigung und dem Gemeindefestgelegten Verzeichnisse über die fälligen Waisenpfeinder für das Ende laufende Vierteljahr bis zum 30. d. Mts. zu übersenden. Fehlende ist nicht erforderlich, auch bedarf es keines Begleitendes zur Einreichung der Verzeichnisse.
Die Bescheinigung hat zu lauten:
„Die vertragmäßige Verpflegung und Erziehung der vorgenannten Waisen während der oben bezeichneten Zeit bescheinigt.“
Sie kann schon am 20. d. M. datiert sein. Ich ersuche daher, daß die Einreichung der Verzeichnisse pünktlich zu dem gestellten Termine erfolgt.
Wiesbaden, den 2. März 1922.
Kreiswohlfahrtsamt.

Nr. 121.
Erinnerung.
Die mit Erledigung meiner Verfügung vom 1. Februar 1922, S. 11, 239/1, betreffend Einreichung der Sprungregister für die Kriegsböden im Jahre 1921 rüchmündige Polizeiverwaltungen und Bürgermeister werden an die Erledigung erinnert.
Erledigungsfrist bis zum 15. März 1922.
Wiesbaden, den 2. März 1922.
Der Landrat.

Nr. 122.
Diejenigen Bürgermeister, welche mit der Erledigung meiner Verfügung vom 8. Februar 1922 (Kreisblatt Nr. 18/72) betreffend: Halten einer Sachzeitschrift für die Ständesamter noch im Rückstande sind, werden um sofortige Berichterstattung ersucht.
Wiesbaden, den 2. März 1922.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schlitt.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. März. Die Interpellation der Deutschen Volkspartei auf eine bessere Versorgung der Kriegsgescheitigten und der Kriegshinterbliebenen wird laut einer Regierungserklärung, daß

die für den Monat März bisher gewährten Teuerungszuschüsse verdoppelt werden sollen, innerhalb der gesetzlich möglichen Frist beantragt werden.

Es folgt die zweite Beratung des Ecks des Reichsschatzministeriums.
Abg. Stücken (Soz.) betont, das Schatzministerium sei immer als Lieberhabende betrachtet worden. Wenn der Reichsrat aber dem Ministerium nur noch eine halbjährige Lebensdauer gewähren wolle, so sei das eine bedenkliche Lösung. Die bedauerliche Ueberfülle von Behörden sei eine zwangsläufige Folge des Friedensvertrates. Der Betrieb könnte aber durch Zusammenlegung von Verwaltungen vereinfacht werden. Darum sei im Ausschuss eine große Anzahl von Stellen gestrichen worden und darauf müßten sich auch die anderen Ministerien gefaßt machen. Der Redner protestiert sodann gegen die Eingriffe der Verwaltung in den Schulunterricht, sowie gegen die Anlage großer Truppenübungsplätze und die hohen Anforderungen im Wohnungswesen. Redner verlangt ein Schiedsgericht mit einem neutralen Vorsitzenden für die Begutachtung derartiger Forderungen. Für diese Ausgaben hätten im letzten Frankreich viele Wohnungen gebaut werden können.

Abg. Schulz-Brandenburg (Dnail.) erklärt, daß der größte Teil der Zuständigkeiten des Reichsschatzministeriums von heute ab auf andere Verwaltungen übergegangen ist. Es genüge nicht, der Abg. diesen oder jenen Kopf abzuschlagen, wir müßten ihr im Ganzen zu Leibe gehen. Deshalb beantragte keine Partei die Beseitigung des Schatzministeriums.

Abg. Kremer (D. V.) Die Sparmaßnahme muß planmäßig eintreten. Dazu ist ein groß angelegter Reformplan auf der ganzen Linie erforderlich. Die Sparmaßnahme muß auf alle Ministerien ausgedehnt werden. Redner schließt, wie das Rheinland unter der Fahrgastlast leide und nennt es unverständlich, daß die Belgier, die doch 1920 den nördlichen Rhein räumen mußten, heute noch neue Truppenübungsplätze verlangen. Er zollt der Regierung Dank dafür, daß sie schon vielfach ungerechtfertigten Wünschen Widerstand geleistet habe. Im Arbeitsgebiet des Schatzministeriums seien alle Sparmaßnahmsarbeiten vorhanden. Redner erinnert an die Fälle Kist, Müller und Kormilus. Was die Beteiligung des Reiches an Industrieunternehmungen betreffe, so dürfe das Reich nicht die Grenze überschreiten, die durch die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Bewertung des Reichseigentums gezogen sei. Die Ministerien müßten vermindert werden. Ob man mit dem Schatzministerium beginnen solle, sei allerdings eine andere Frage.

Abg. Lange-Hegemann (Ztr.) begrüßt den ersten Willen der Regierung, die Kriegsgescheitigten abzubauen. Redner äußert Bedenken gegen die geplante Umwandlung der Volkshilfsämter und gegen die Reichswohlfahrtsverwaltung, deren Geschäftsbereich wenig erfolgreich sei, wenn es sich um den Erfolg der Befolgung der rheinischen Bevölkerung handle. Diese Verwaltung müßte dem Staatssekretariat für die besetzten Gebiete angegliedert werden. Die immer größer werdenden Kosten seien von der rheinischen Bevölkerung auf die Dauer nicht zu tragen. Das gesamte deutsche Volk müsse mit der rheinischen Bevölkerung zusammenarbeiten. (Beifall.)

Reichswohlfahrtsminister Bauer: Die Reichsregierung ist bemüht, die Leiden der rheinischen Bevölkerung zu mildern. Sol der Reichswohlfahrtsverwaltung im Rheinland werde eingegriffen. Eine allgemeine Verteilung sei aber nicht berechtigt. Auch müßten die Rheinländer bei der Stellenbeschaffung genügend berücksichtigt werden. Für die Behebung der Wohnungsnot habe ich mich mit den rheinischen Gemeinden verständigt. Es ist aber schwer, alle Wünsche zu erfüllen, da es nicht nur an Baugeldern, sondern auch an geeigneten Arbeitern fehlt. Auch mit den Befehlshabern der Reichsregierung in der Rheinlande wird ich mich mit den rheinischen Gemeinden verständigt. Eine Verteilung einer Verteilung gelangt. Eine Verteilung des Schatzministeriums würde die Lage nur noch komplizierter machen. Es würde genügen, wenn die Regierung an der Vereinfachung der Verwaltung arbeite. Auch die Kriegsgescheitigten sind erheblich abgebaut worden. Für die Lebensbedürfnisse der früheren kaiserlichen Regierung. Wie während des Krieges gearbeitet wurde, das stinkt zum Himmel. Redner nimmt also an, die Beamten des Ministeriums gegen den Vorwurf in Schutz, an den Korruptionserhebungen beteiligt zu sein. Die Beamten hätten sich als durchaus zuverlässig und pflichttreu erwiesen. Auch die Fälle Kist, Müller und Kormilus hätten mit den Beamten dem Ministerium nichts zu tun. Der Gedanke der Einstellung eines Sparamtskommissars muß weiter verfolgt werden. Sparmaßnahme kann nur erzwungen werden durch den Finanzminister und den Reichstag. Ich bitte um Ablehnung des Antrages auf Beseitigung des Schatzministeriums.

Abg. Göttsch (D. V.) steht den Weg zur Vereinfachung der Verwaltung nicht in der Erreichung eines Ministeriums, sondern in der Beseitigung der Beamtenstellen. Der Abbau muß reiflich vorbereitet werden. Welche Stellen werden durch das Schatzministerium und das Wiederaufbauministerium als abbaufähig. Eine zentrale Reichsaufsicht kann wir nicht einrichten. Aber trotz aller anerkannter Arbeit auf diesem Gebiet dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, als ob z. B. aus den deutschen Werten in absehbarer Zeit größere Einnahmen erzielt werden können. Redner wendet sich ebenfalls gegen übertriebene Befehlshaber, die es uns unmöglich machen, Reparationsleistungen auszuführen. Damit schließt die allgemeine Aussprache und die Weiterberatung wird auf Freitag vertagt.

Tages-Rundschau

Die veräumte Friedenshoffung im Jahre 1917.

München. Die „Münchener“ ruft nach „lichten“ legen ihre Veröffentlichung über die angeblich veräumte Friedenshoffung im Jahre 1917 fort und zwar mit einem Bericht über die Verhandlungen in Berlin am 26. März 1917, an der Reichsminister von Bethmann Hollweg, der österreichische Minister des Innern Graf Czernin, Staatssekretär Zimmermann, Reichsminister Prinz Hohenlohe und Unterstaatssekretär von Stumm teilnahmen. Czernin stellte dabei fest, daß Österreich-Ungarn am Ende seiner Kräfte angekommen sei und den Krieg über den Herbst hinaus unmöglich fortführen könne. Die polnischen, tschechischen und slowakischen Arbeiter legten gar, seinen Wert darauf, daß der Deutsche siege. Deutschland habe ein Kriegsziel, das von dem ganzen Welt angefehrt werde, während das aus Nationalität zusammengefaßte Österreich-Ungarn ein solches Kriegsziel nicht habe. Er hoffe zwar, daß man bis August oder September ausbilden könne, es sei aber nicht sicher. Die Unterhaltung bezog sich auf die territorialen Fragen hinsichtlich Serbiens, Rumaniens und Solons. Czernin erklärte, daß Österreich-Ungarn einer Vorkriegszeit in Polen nur zustimmen könne, wenn es in der Zukunft entschädigt werde. von Bethmann Hollweg äußerte, daß Polen in den deutschen Vorkriegsstand aufgenommen werden müsse, weil es nur unter diesen Umständen ein stichfester Nachbar für Deutschland werden könne. Einig war man sich darüber, daß jede Möglichkeit eines Friedensschlusses ausgenutzt werden müsse, daß man sich aber unter keinen Umständen nach außen hin eine Schwäche anmerken lassen dürfe, weil man sonst gerade das Gegenteil erreichen würde.

Neue Verordnungen der Rheinlandkommission.

Coblenz. Die interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine neue Verordnung (Nr. 107) zur Änderung der Verordnung 33 über Streikverbot über das gewerbliche Arbeitsverhältnis zugehen lassen. Sie bestimmt, daß in allen Fällen, wo die Rheinlandkommission der Aufhebung ist, daß die Durchführung des von ihr in der Verordnung 33 vorgeschriebenen Schlichtungsverfahrens über Streitigkeiten über das gewerbliche Arbeitsverhältnis unanständig ist oder nicht zum Ziele geführt hat, es Sache der Rheinlandkommission ist, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Beseitigung des Streites oder unter den obwaltenden Umständen den streitenden Parteien zutrifft. Die Verordnung tritt am 1. März 1922 in Kraft.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Coblenz eine neue Verordnung zugehen lassen, die bestimmt, daß öffentliche Fährer über den Rhein im Eisenbahnverkehr mit der Befehlshaberbehörde eingerichtet und aufgehoben werden dürfen.
und Coblenz. Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Wochenzeitung „Rheinischer Beobachter“, herausgegeben in Berlin, Strömstr. 30, vom 1. März an auf die Dauer von drei Monaten im besetzten rheinischen Gebiet verboten, weil ein in Nr. 5 der Wochenzeitung enthaltener Artikel die Würde und Ehre der Befehlshabertruppen zu verletzten geeignet sei. Außerdem hat die Kommission den Vertrieb des Buches „Die Schrecken der französischen Legion“, herausgegeben Hermann Schaffstein in Köln, im besetzten Gebiet verboten.

Eine Denkschrift des Postministeriums.

Berlin, 2. März. Das Postministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung zugehen lassen. Wie es in der Denkschrift heißt, werden die bisher eingeleiteten und noch beabsichtigten Veränderungen in der Verwaltung mit den Vereinfachungen des Geschäftsbetriebes im Ministerium selbst eine Verringerung des Personalbestandes in absehbarer Zeit zur Folge haben. Ebenso werden im Verlaufe späterer Jahre eine Verringerung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Ferner bedürfte die Frage, ob die Bahnpostämter nicht teilweise geschlossen werden könnten, einer Prüfung, die bereits eingeleitet sei. Noch weitergehende Einschränkungen der Briefkostenentlastung und der Befreiung hält die Postverwaltung nicht für angängig. Die Denkschrift schließt zusammenfassend, daß die bereits vollzogenen Vereinfachungen und Verbilligungen eine Ausgabeverminderung um eine Milliarde zur Folge gehabt hätten. Eine aus Mitgliedern des 27. Ausschusses und aus Vertretern des Verkehrsministeriums, des Beamtenbeirates und des Zentralbetriebsrates bestehende Kommission soll die Einrichtungen der Post- und Telegraphenverwaltung zum Zwecke der Vereinfachung prüfen.

Rußland.

Eine Rede Trozki's.

Moskau. Der dritte Jahrestag der Schaffung der Roten Armee wurde mit einer großen

Parade begangen; außerdem fand eine Massenversammlung im großen Theater statt, wo Trozki ausfuhrte, es sei möglich, daß die internationalen Beziehungen Russlands im Frühjahr komplizierter würden. Das Proletariat müsse sich also vorbereiten, um einen etwaigen Schlag zu parieren. Jede Woche der Verchiebung der Genemaloffenheit müsse für die Rote Armee eine Lehr- und Vorbereitungswoche sein, denn die Zeit, die Russland mitgebracht auf dem Gebiet der Diplomatie verliere, müsse durch die Stärkung der Armee eingeholt werden. Am 1. Mai dürfe in der russischen Armee kein Anarchist mehr vorhanden sein. Trozki schloß mit den Worten: Wir wollen liegen und haben fest beschloßen, uns zum Kampfe vorzubereiten, wenn man uns etwas aufhals und wir gezwungen werden zu kämpfen.

Frankreich.

mit Beclun. Eine Telephonagentur verbreitet Ausfahrungen Poincarre über die deutsche Währungsreform, die nach seiner dort niedergelassenen Behauptung den Offensivkrieg in begehrteter Weise rühme. Die Währungsreform, die die der Ministerpräsident Bezug nimmt, hat selbstverständlich die Aufgabe, die Truppen auf den Kampf vorzubereiten. Daß dabei von einem Offensivkrieg mit keinem Wort die Rede ist und daß an einen solchen niemals gedacht wurde, versteht sich von selbst. Wenn einmal in der Vorrichtung von einer Vorbereitung auf den Krieg gesprochen wird, so hatte das Reichswirtschaftsministerium den Fall im Auge, daß Deutschland durch einen feindlichen Einfall oder durch den Übertritt fremder Truppen, wie seiner Zeit in Ostpreußen, vor die Notwendigkeit einer kriegerischen Defensivmaßnahme gestellt wird. Eine solche ist auch durch den Vertrag von Versailles nicht unterlag.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 2. März. Der Abg. Benazet verweist auf die Bemerkung des Berichtstatters Fabry, Deutschland könne trotz der ihm auferlegten Abrüstung durch seinen organisatorischen Geist die Mittel finden, sehr schnell ein fürchtbares Heer auf die Beine zu bringen. Er verliest ein Schriftstück, das Einzelheiten über die Organisation des zukünftigen deutschen Heeres bringt, und legt dar, daß Deutschland es verstanden habe, eine mächtige Selbstschuttsorganisation zu schaffen, trotzdem der Vertrag ihm nur ein Heer von 100 000 Mann zugeleiste. Man müsse deshalb etwas anderes finden. Was nötig sei, sei eine Organisation, die Frankreich gefalle, keine Unverletzlichkeit zu gewährleisten. Der Redner erklärt, er werde in der nächsten Sitzung auf die Wichtigkeit des Funktionierens der Vertetres- und Berpflegungsmittel zu sprechen kommen. Die Sitzung wird sodann vertagt.

England.

Clond George.

Eine Londoner Meldung der in Köln erscheinenden „Cologne Post“ bestätigt, daß Clond George an Chamberlain einen Brief gerichtet habe, in dem er diesem auseinanderlegt, daß er nicht länger mit ihm zusammenarbeiten könne, wenn Sir Younger als Wortführer der Konfervativen Partei auftreten dürfte. Er sei willens, mit Balfour und Chamberlain zusammenzuarbeiten, solange sie die Wortführer der Partei seien. Der erste Minister kündigte den Führern des Unionistischen Flügels der Koalition an, daß sie zwischen zwei Alternativen wählen müßten: entweder bei der Koalition vollkommen loyal zu sein, oder er trete als erster Minister und Führer der Koalition zurück.
Ab London, 2. März. Gestern Abend hat sich in der politischen Kreise nichts geändert. Indessen deuten Anzeichen darauf hin, daß die Anhänger der gemäßigten Richtung alles tun, um die Koalition zu retten. — „Daily Telegraph“ schreibt in wohlunterrichteten Kreisen, die Hoffnung vor, daß die Schwierigkeiten überwunden werden und die Koalition vor einem Bruch bewahrt werde.

Kleine Mitteilungen.

Keine Verbilligung der Zigaretten. Der Verein der Zigarettenfabrikanten Deutschlands teilt mit, daß die kürzlich gemeldete Ermäßigung der Zigarettensteuer keine Verbilligung der Zigaretten bringen kann, weil es nur eine Herabsetzung der Steuerhöhe ist, die durch die Erhöhung des Wapstkaufpreises und die Verteuerung der Herstellungskosten längt bedingt wurde.

Ein Mahnwort Hindenburgs. Hannover, 2. März. Gelegentlich der Einweihung der künft. Speisehalle, zu der neben den Spitzen der Behörden und Vertretern der hannoverschen Industrie auch Generalfeldmarschall von Hindenburg erschienen war, ergiff dieser das Wort, als ein Kriegsteilnehmer während der Feuertaube als Vorbild hingestellt. Hindenburg sagte u. a., sein Herz gehöre der Jugend. Er drückte seine Freude darüber aus, hier einen Geist zu finden, der uns wieder in die Höhe bringen werde. Gott erhalte uns den Geist von 1914. Wenn wir diesen Opfergeist nicht haben, dann enden wir mit Schande.



Eine interessante Grabinschrift findet sich im Kirchenbuch des Süddeutschen Kriegs am Oberrhein (Mint Säckingen) eingetragen. Ein Blinder hatte da seinem verstorbenen Ehegatten folgende Epistel zum Beistat mitgegeben:
 Hier liegt der Leib von meinem Weib!
 Für sie ist nicht zu beten!
 Ist sie im Himmel oder Höl,
 So hat sie's nicht verändert.
 Soll's sie aber im Fegfeuer sein,
 Leiden große Qual und Pein,
 So seg' der Teufel so lang an ihr,
 Als sie gelehrt hat an mir.

Hochwasser in Schlessen.

Breslau, 2. März. Das gelinde Wetter der letzten Wochen hat die Schneeschmelze derart gefördert, daß der Oderstrom in den letzten Tagen zu-nehmends wuchs. Während sich in der Nähe von Bries das Eis bereits am Sonntag in Bewegung setzte und an den Wehren bedrohliche Situationen schuf, hielt es oberhalb Breslaus noch stand. Am Dienstag nachmittags begann das Eis auch hier zu brechen und trieb abwärts den Wehren zu. Ein großer Teil der nach Breslau führenden Straßen stand bereits am Dienstag unter Wasser. Bei Treßchen wurde der Damm durchbrochen. Die Bruchstelle, die erst nur 5 Meter betrug, erweiterte sich im Laufe der Nacht bis zu 20 Metern. Das Dorf stand bei Tagesanbruch vollständig unter Wasser. Ebenso sind die Straßen von Treßchen, Neuhaus und Kottwitz nach Breslau nicht passierbar. Ein großer Teil der nahe wurde den Bewohnern weggeschwemmt, die vorläufig von der Außenwelt fast gänzlich abgeschnitten sind. Die Gefahr für Bries ist befähigt, da das Wasser schneller als erwartet abfließt. Der Strom ist jedoch von mächtigen Eisschollen bedeckt. In Oberschlesien besteht die größte Gefahr für Ratibor, wo das Wasser noch ständig im Steigen ist. Günstiger ist die Lage bei Kojel, wo im Falle des Wasserstandes zu verzeichnen ist. Kottwitz ist gleichfalls unter dem Hochwasser zu leiden. Bei Kottwitz ist der Strom ebenfalls aus den Ufern getreten.

Breslau, 2. März. Der Oberdamm bei Breslau ist durchbrochen. Die Bewohner des Dorfes Treßchen haufen auf Dächern und in Dachkammern. Viele sind auf Säbänen in die benachbarten Orte geflüchtet. Menschenleben sind nicht zum Vorschein gekommen. Der Dammbruch ist dadurch entstanden, daß sich unterhalb Treßchen eine schwere Eisscholle gebildet hatte, die gestern nachmittags gesprengt wurde.

Selbstmord des Doppelmörders Gruben.

Hirschberg. Der wegen des Kleppelsdorfer Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilte Gruben verübte in seiner Zelle Selbstmord. Donnerstag nachmittags wurde er von dem revidierenden Beamten an seinen Holenträgern hängend in der Zelle tot aufgefunden. Gruben war seit seiner Flucht in der vergangenen Woche in Einzelhaft.

Hirschberg, 2. März. Gruben hatte vor seinem Selbstmord keinerlei Anzeichen der Erregung gezeigt und heute sein Mittagessen in voller Ruhe verzehrt. Um 4 Uhr nachmittags wurde die Zelle revidiert und alles in Ordnung gefunden. Als um 3½ Uhr eine weitere Revision stattfand, fand man Gruben an seinen Holenträgern hängend in der Zelle vor. Es wurden sofort Wiederbelebungsversuche vorgenommen, die aber erfolglos blieben. Gruben hat schriftliche Aufzeichnungen nicht hinterlassen und auch zu niemanden Äußerungen getan, die auf sein Verhaben schließen ließen.

Buntes Mittel.

Coblenz, 2. März. Zwei Kinder eines Eisenbahnbeamten in der Seelstraße, ein Mädchen von 4 und ein Junge von 6½ Jahren, sind in der vorigen Nacht bei einem in der Wohnung ausgebrochenen Feuer ums Leben gekommen.

Coblenz. Auf dem Bahnhofsvorplatz wurde der Arbeiter Martin Seelbach von einem schnell fahrenden Kraftwagen überfahren und auf der Stelle getötet.

Unterach. Samstagabend wurde von den amerikanischen Geheimpolizei eine Razzia veran-
 staltet, bei der 21 weibliche Personen aufgegriffen und nach Koblenz übergeführt wurden.

Beirraße Saloonanjahder. Wegen Schlägungen mit Salbarian und Kokain, letzteres sog. pfeilsaft, wurden in Köln mehrere Personen zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu 9 Monaten und Geldstrafen von 900 bis 20.000 Mark verurteilt.

Straßburg, 2. März. Ein heftiges Gewitter mit gestern mittags in der Gegend von Chälons niedergegangen. Die Telephon- und Telegraphenleitungen zwischen Paris—Vooa und Paris—Straßburg—Nancy sind im Laufe des Mittags unterbrochen worden.

Ein neuer Vorname. Eine feierliche Taufe wurde einem Mädchen in Buer i. Westf. bereitet, die durch ihre Geburt die Stadt in den Kreis der Großstädte gerückt hat. Oberbürgermeister Zimmermann hielt das Kind über das Taufbecken. Es erhielt den Vornamen Gerda Bueronia. Bisher der Stadtoberrhaupt waren eine Reihe anderer offizieller Persönlichkeiten Taufpaten.

Mit 400.000 Mark Dixiegebrannt. Ein junger Mann, der er von der Bank abzuheben hatte, wurde ein junger Beamter des Bankes Eurt der Deutschen Werte A.-G. Nürnberg.

Salvaged. Der Hauptkassierenbant Beck vom Kassensrat Salvaged wurde unter Mitnahme von Kassengebern in Höhe von einer Viertel Million Nürnberg.

Leipzig. Von der literarischen Abteilung des Leipziger Reichsanzeigers wurden zum Beginn der Frühjahrssession bereits 1300 Anwesenheitskarten an Pressevertreter ausgegeben. Die größten Reaktionen und Zeitschriften des Auslandes werden vertreten sein.

Zahnarzt Tiffan. Kammerfänger Oskar Bol der Tiffan der Berliner Staatsoper, ist von der Berliner Universität zum Dr. med. dent. promoviert worden. Bol war schon während des Krieges als Zahnarzt in Vordressen tätig.

Rosentorg (Schlesien). Dienstag früh hat unbekannter Täter in der Wohnung eines Bauers zwei Hausbraten geworfen. Hierdurch wurde die verheiratete Tochter schwer verletzt und ein Mann getötet. Es liegt ein Kuchent vor,

Bestrafung wegen Fälschung der alten Jagdgenossen. Der Kapitän des Dampfers „Dopo Sinnes VI“ ist in eine Vollzeitsstrafe von 1860 M. genommen worden, weil er bei seiner Ankunft im Hafen die alte deutsche Handelsflagge gehißt hatte. Arbeiter des Schiffswerks von Henry Koch hatten den Kapitän bei der Polizeibehörde denunziert.

Die Kölner Straßenbahn lahmgelegt durch einen Gewitter. Bei dem Gewitter am Mittwoch wurde die Oberleitung der Straßenbahn an mehreren Stellen zerstört, so daß ein großer Teil des Netzes funktionslos außer Betrieb gesetzt war.

Düren. Der Blitz traf den Kamin der Glanzwerke in Birkendorf. Er zerfiel den Kamin in etwa ein Drittel Höhe. Der obere Kaminsteig wurde auf das Fabrikgebäude und zerstückte die Betondecke. Drei Arbeiter wurden getötet, einer schwer und fünf leicht verletzt.

Hameln. Hier hat eine an Schwermut leidende Ehefrau in einem Anfall geistiger Trübung ihre beiden Kinder im Alter von drei Monaten und zwei Jahren sowie sich selbst durch Gas vergiftet. Man fand alle drei morgens tot in der Küche.

Bietzen. Die Stadinerordneten beschloßen die Einführung einer Nacht- und Frühschicht. Für die erste und zweite Stunde des „Alteins“ nach der Polizeistunde werden je 3 Mark, für jede folgende Stunde 5 Mark, bei Tagelohnarbeiten für die ersten beiden Stunden je 6 Mark, für jede folgende Stunde 10 Mark, bei sonstigen Anlässen 10 und 15 Mark für jede Stunde Steuer erhoben.

Banderolenbiebe. Bei einem Einbruch in das Hauptpostamt in Prag wurden für 4 Millionen Mark Banderolen für Zigaretten im Werte von 50 und 55 Pfennig gestohlen. Für 12 Millionen Mark niedere Werte liegen die Diebe in dem erbrochenen Schranke zurück.

Paderborn. Unter dem Verdacht des Wädchenshandels wurde hier ein aus Bielefeld stammender Mann festgenommen. Der Festgenommene, der zuletzt in Köln wohnte, kam öfters im Auto nach Bielefeld und trat dort sehr großmütig auf.

Ceipzig. Die Gefahr, daß durch den Transportarbeiterstreik die Leipziger Frühjahrsmesse gefährdet werden könnte, ist endgültig beseitigt, da eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt worden ist. Die Messe wird pünktlich am 5. März eröffnet.

mb Krenzburg. Bei einem Bauern in Deutsch-Wörth verlangten drei Männer Einlaß. Als nicht geöffnet wurde, feuerten sie fünf Schüsse durch die Tür. Der Sohn des Besitzers wurde tödlich getroffen. Drei andere Familienmitglieder wurden verletzt. Darauf entfliehen die Verbrecher. Die Kriminalpolizei hat bereits eine der Tat verdächtige Person festgenommen.

mb Basel. Am Mittwoch führte der erste in der Schweiz im Auftrage der Schweizerischen Schleppliftabriegelungsgesellschaft auf der Schiffschiffahrt bergsteigende Rheindampfer „Stadt Zürich“ seine erste Versuchsfahrt auf der Strecke zwischen Basel und Lust aus.

Neueste Nachrichten.

mb Coblenz, 3. März. Nach der „Rheinischen Rundschau“ aus Remvig teilt die „Neue wieder Zeitung“ mit: Wie zuverlässig versichert, wird die Interalliierte Rheinlandkommission in den nächsten Tagen eine Verfügung erlassen, nach welcher die „Schuldfrage“ in öffentlichen Versammlungen innerhalb des besetzten Gebietes nicht mehr erörtert werden darf.

mb Berlin, 3. März. Die Strafkammer verurteilte den Schriftleiter der „Deutsche Zeitung“, v. Schilling, der in einem Artikel über den Rahnischen Vertrag mit den Deutschen Worten von einem Panama der Sozialdemokratie sprach und dabei den Vizelandtag Bauer den Reichsminister Bissel und den Reichstagsabgeordneten Hoch beleidigt hatte, wegen Verleumdung zu 20 000 Mark Geldstrafe.

Zur Verbannung des Exkaisers Karl.

Basel, 3. März. Nach einer Pariser Meldung hat die Vorkonferenz infolge der einmütigen Ablehnung der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten die Festlegung einer Appanage für Karl von Habsburg abgelehnt. Sie beschloß, vom Exkaiser Karl einen Vermögensausweis zu fordern. Sollten die Einkünfte des Exkaisers ungenügend sein, sollten neue Verhandlungen mit den Nachfolgestaaten aufgenommen werden. Der „Gaulois“ nimmt sich heute der finanziellen Lage des Exkaisers an und weist die Willkür daraufhin, daß infolge der Ablehnung der Appanage Karl und Zita auf Madeira in der größten Not leben müßten und nicht einmal die Wohnungsmiete bezahlen könnten. Es muß deshalb sofort eine Verringerung dieses Zustandes herbeigeführt werden.

Berlin, 3. März. Wie dem „Berl. Volksblatt“ aus Halle a. d. S. berichtet wird, will die Stadt Leipzig dem beim vorigen Märzaufruch ermordeten Generaldirektor Vogelsang von der Ransfeldt Kupferhütte bauenden Gewerkschaft in Eisenstein ein großes Bronze-Denkmal errichten, das einen Bergmann darstellt, der von schlagenden Wetter getroffen hinfällt.

mb Stettin, 3. März. Die Hafenarbeiter von Stettin sind gestern mittag in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 50 Prozent.

Aus den Berliner Morgenblättern

Berlin, 3. März. Laut „Vorwärts“ hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Vorstand, beim Reichstagsunverzüglich wegen der sehr beunruhigenden neuen Preissteigerungen von Brotgetreide vorstellig zu werden. Von der Regierung sollen sofort durchgreifende Maßnahmen verlangt werden, die Brotverfügung zu sichern.

Letzte Nachrichten.

mb Trier, 3. März. Auf dem letzten Wochenmarkt wurden die Eier zu Preisen von 3.50 Mark das Stück verkauft.

Paris, 3. März. Der dramatische Schriftsteller Henry Bataille ist gestorben.

[illegible]

